

Eskalation des Schweigens

USA LASSEN FÜHRUNG & STRATEGIE IM UMGANG MIT LIBYEN VERMISSEN

Die Unruhen in Arabien und Nordafrika kommen für Washington zu einem ungelegenen Zeitpunkt. Innenpolitische Herausforderungen fordern das volle Engagement des Präsidenten. Die Staatsverschuldung erreicht neue Ausmaße, Gewerkschaften streiken wochenlang und nur mit größter Mühe gelingt es dem Kongress, eine vorläufige Einigung für das Budget zu erzielen. An mehreren Fronten gefordert, legt der Präsident den Fokus auf die innenpolitischen Herausforderungen und lässt keine klare Strategie im Umgang mit den Aufständen im Nahen Osten erkennen. Die Sorge vor den unabsehbaren Konsequenzen eines weiteren US-Militäreinsatzes lenkt die Reaktionen des Weißen Hauses. Als Konsequenz bleibt Washington weitestgehend passiv und glaubt so seine nationalen Interessen am besten gesichert. Während die Vereinigten Staaten mit Reformen beschäftigt sind, verringert sich der außenpolitische Einfluss der vermeintlich letzten Supermacht weiter.

Nach den ersten schweren Ausschreitungen in Libyen waren europäische Politiker am Montag vor zwei Wochen die Ersten, die zunehmende Gewalt zu verurteilen. Da sich die USA auf Grund des *Presidents Day* im Feiertag befanden, nutzte Obama die geringe Medienpräsenz in Washington und enthielt sich jeglichen Kommentars.¹ Als sich der US-Präsident im Laufe des nächsten Tages

nur durch seinen neuen Sprecher, Jay Carney, während eines kurzen *Press Gaggles* an Bord der Air Force One äußerte, begannen die ersten amerikanischen Medien die spärliche Mitteilung Obamas aus dem Weißen Haus kritisch zu beäugen.² Erst am Mittwoch trat der Präsident vor die Presse und verurteilte die libysche Führung, ohne Gaddafi dabei namentlich zu erwähnen. Stattdessen betonte Obama, dass seine höchste Priorität der Schutz amerikanischer Staatsbürger in Libyen sei und kommende Schritte auf internationaler Ebene koordiniert werden sollten. Obama wies vor allem darauf hin, dass die Arabische Liga, die Afrikanische Union und die Organisation der Islamischen Konferenz die Gewalt in Libyen verurteilt hätten.³ Zudem betonte der amerikanische Präsident, dass der Aufruhr im Nahen Osten keine, von einer ausländischen Macht gesteuerte Bewegung sei, sondern ein Aufstand des Volkes für die ureigenen Bürger- und Menschenrechte. US-Medien äußerten sich verwundert über das lange Schweigen Obamas und die zögerlichen Worte in denen der Präsident kaum auf die dramatischen Wendungen in Libyen einging.⁴ Selbst Unterstützer Obamas waren

² Staff, U. N. (22. Februar 2011). *Obama Condemns Violence in Libya But Doesn't Mention Moammar Gadhafi*. Abgerufen am 23. Februar 2011 von US News: <http://www.usnews.com/opinion/articles/2011/02/22/is-obama-handling-libya-the-right-way>

³ Obama, B. (23. Februar 2011). *Remarks by the President on Libya*. Abgerufen am 24. Februar 2011 von The White House: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/02/23/remarks-president-libya>

⁴ Kofmann, J. (23. Februar 2011). *Obama Condemns Violence in Libya But Doesn't Mention Moammar Gadhafi*. Abgerufen am 24. Februar 2011 von ABC News: <http://abcnews.go.com/Politics/libya-president-obama-mention-moammar-gadhafi-condemns-protests/story?id=12977730>

¹ Jackson, D. (22. Februar 2011). *Obama stays behind the scenes on Libya*. Abgerufen am 2. März 2011 von The Oval: USA Today Blog: <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2011/02/obama-stays-behind-the-scenes-on-libya/1>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

von seinen zaghaften Worten und langsamen Reaktionen erstaut.⁵

Washington verhängt erste Sanktionen

Bis zum Freitag gab es kaum Änderungen in der Politik des Weißen Hauses. Öffentliche Äußerungen wurden nicht vom Präsidenten selbst, sondern von seinem neuen Sprecher Jay Carney und US-Außenministerin Hillary Clinton getätigt. Die USA teilten, wie auch andere Länder, die Sorge um das Wohlergehen ihrer Bürger im Ausland. Ähnlich wie ihre europäischen Kollegen waren amerikanische Diplomaten damit bemüht, US-Bürger die sichere Rückreise zu ermöglichen. Die letzten Amerikaner verließen Tripolis am Freitagabend zusammen mit dem größten Teil der amerikanischen Diplomaten in einem gecharterten Flugzeug.⁶ Kurz nach dem Abflug der Maschine veröffentlichte das Weiße Haus einen Brief Obamas an den Sprecher des Repräsentantenhauses und den Präsidenten des Senats, in dem der Präsident die beiden Politiker offiziell von seiner *Executive Order* in Kenntnis setzte.⁷ Die Befehlsanweisungen Obamas sahen im Wesentlichen das Einfrieren des libyschen Vermögens in den Vereinigten Staaten vor. Dabei wurden alleine in den USA über 30 Mrd. US-Dollar beschlagnahmt.⁸ David Cohen, Staatssekretär im Finanzministerium, bekräftigte gegenüber der *Washington Post*, dass es sich dabei um die umfassendste Maßnahme dieser Art in der Geschichte handelte.⁹ Die USA glauben, dass durch

⁵ Wilson, S. (27. Februar 2011). Threat to Americans guided restrained Libya response. *The Washington Post*, S. 1.

⁶ Ebenda.

⁷ Obama, B. (25. Februar 2011). *Letter from the President Regarding Libya Sanctions*. Abgerufen am 26. Februar 2011 von The White House: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/02/25/letter-president-regarding-libya-sanctions>

⁸ Silverleib, A. (1. März 2011). *World leaders step up pressure on Gadhafi*. Abgerufen am 6. März 2011 von CNN: http://www.cnn.com/2011/WORLD/africa/02/28/libya.world.response/index.html?eref=rss_topstories

⁹ Warrick, J., & DeYoung, K. (28. Februar 2011). *U.S. freezes Libyan assets, takes steps to aid refugees*. Abgerufen am 28. Februar 2011 von The Washington Post: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/02/28/AR2011022802797.html?hpid=topnews>

ähnliche Beschlüsse des VN-Sicherheitsrats und der Europäischen Union das weltweit verteilte Vermögen Gaddafis, seiner Familie, der libyschen Zentralbank und der libyschen Investmentbehörde eingefroren sei.¹⁰

Die Anordnung des Präsidenten war Auftakt zu einem Wochenende von schnell durchgeführten und gut koordinierten Beschlüssen internationaler Institutionen. Die bedeutendste Entscheidung erfolgte durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dem seit Januar 2011 auch Deutschland für zwei Jahre angehört. Das Gremium hatte in einem einmaligen Vorgang mit der einstimmigen Verabschiedung der Resolution 1970 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag in die Resolution mit eingebunden und dadurch den Druck auf Gaddafi erhöht.¹¹ Die EU hat bisher sichergestellt, dass 19 Mrd. US-Dollar libyschen Vermögens dem Zugriff Gaddafis verwehrt sind.¹² Die Regierung in Ottawa sperrte 2,3 Mrd. US-Dollar auf kanadischen Konten Libyens, nachdem Tripolis erfolglos versucht hatte, diese zu transferieren.¹³

Sorge vor Geiselnahme amerikanischer Bürger

Gegenüber Journalisten begründeten Mitarbeiter des Präsidenten die vorsichtig gewählten Worte Obamas mit der Sorge Washingtons, die Sicherheit amerikanischer Bürger in Libyen nicht gefährden zu wollen. Die Berater des Präsidenten hatten die Möglichkeit einer Geiselnahme von US-Bürgern durch Gaddafis Truppen als realistische Be-

¹⁰ Ebenda.

¹¹ UN. (26. Februar 2011). *Situation Referred to International Criminal Court*. Abgerufen am 1. März 2011 von United Nations Security Council: <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10187.doc.htm>

¹² Reuters. (11. März 2011). *EU has frozen \$19 bln of Libyan assets - UK's Cameron*. Abgerufen am 11. März 2011 von Reuters Online: <http://www.reuters.com/article/2011/03/11/eu-libya-cameron-idUSWEA813820110311>

¹³ Clark, C. (1. März 2011). *Canada freezes \$2.3-billion in Libyan assets*. Abgerufen am 11. März 2011 von The Globe and Mail: <http://www.theglobeandmail.com/news/politics/ottawa-notebook/canada-freezes-23-billion-in-libyan-assets/article1925091/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

drohung eingestuft. Um ein Fiasko wie bei der Geiselnahme amerikanischer Staatsbürger in Teheran im Jahr 1980/1981 zu verhindern, entschied sich die US-Regierung die Strategie des „low profiling“ fortzusetzen und die vorhersehbare Kritik der Medien auf sich zu nehmen.¹⁴ Nachdem die letzten, zur Ausreise willigen Amerikaner Libyen verlassen hatten, änderte Obama seine Strategie und schloss mit den zügig agierenden europäischen Kollegen auf. Trotzdem geißelten mehrere Kommentatoren das Vorgehen der amerikanischen Regierung. Der *Weekly Standard* kritisierte Obamas Politik scharf und argumentierte, dass es zwar die erste Aufgabe eines jeden Regierungschefs sei, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Die USA müssten jedoch auch ihre Rolle als letzte verbliebene Supermacht in der Welt wahrnehmen und ihre außenpolitischen Interessen verteidigen. Die Passivität der Obama Administration habe den amerikanischen Interessen in der Welt geschadet.¹⁵

Internationale Gemeinschaft hadert mit Errichtung von Flugverbotszone

Um eine gemeinsame Antwort der internationalen Gemeinschaft koordinieren zu können, entsandte Obama Außenministerin Clinton nach Genua, um an der Sitzung des VN-Menschenrechtsrats teilzunehmen. Auf der Konferenz, bei der auch mehrere europäische Außenminister anwesend waren, wählte Clinton die bislang deutlichsten Worte, um das Vorgehen der libyschen Regierung zu verurteilen: „Gaddafi hat die Legitimität Libyen zu regieren verloren. Es ist an der Zeit für ihn zurückzutreten, ohne weitere Gewalt oder Verzögerungen hervorzurufen. Bis dahin halten wir uns alle Optionen offen, inklusive die Einrichtung einer Flugverbotszone.“¹⁶ Damit bestätigte Clinton

¹⁴ Wilson, S. (27. Februar 2011). Threat to Americans guided restrained Libya response. *The Washington Post*, S. 1.

¹⁵ Kristol, W. (7. März 2011). *Obama Squeaks Up*. Abgerufen am 8. März 2011 von The Weekly Standard: http://www.weeklystandard.com/articles/obama-squeaks_552531.html

¹⁶ Clinton, H. R. (28. Februar 2011). *Remarks at the Human Rights Council*. Abgerufen am 2. März 2011 von State Department: <http://www.state.gov/secretary/rm/2011/02/157412.htm>

erste Berichte, wonach die internationale Gemeinschaft die Durchsetzung einer *No-Fly-Zone* in Libyen in Erwägung ziehe. Der britische Premierminister Cameron verkündete kurz danach, das Militär seines Landes angewiesen zu haben, Pläne für die Umsetzung einer Flugverbotszone auszuarbeiten.¹⁷ Europäische Kollegen zeigten sich skeptisch bezüglich einer erfolgreichen Legitimierung der Sanktion durch den VN-Sicherheitsrat. Diplomaten und Beobachter sind sich sicher, dass China und Russland einer Flugverbotszone zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen würden.¹⁸ Als Alternative zu einer VN-Sanktion wurde die Möglichkeit einer NATO-Operation in Betracht gezogen. NATO-Generalsekretär Rasmussen verwies jedoch darauf, dass die Allianz ebenfalls nicht ohne Zustimmung des VN-Sicherheitsrats handeln würde.¹⁹ Da das Bündnis auch nach der Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts auf Einstimmigkeit im Nordatlantiktatrat angewiesen ist und der türkische Ministerpräsident Erdogan sich bereits mit aller Deutlichkeit gegen eine Intervention des Bündnisses ausgesprochen hat, gilt ein Einsatz des Bündnisses unter den aktuellen Umständen als unwahrscheinlich.²⁰

Clinton und Gates über US-Vorgehensweise uneinig

Durch den mangelnden Rückhalt der europäischen Partner und der fehlenden völkerrechtlichen Legitimierung, wurde Washington die Entscheidung bezüglich eines militä-

¹⁷ Satter, R. (28. Februar 2011). *Cameron: UK planning for no-fly zone over Libya*. Abgerufen am 9. März 2011 von The Washington Post: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/02/28/AR2011022803005.html>

¹⁸ REUTERS. (7. März 2011). *Russia, China seen as hard sell on Libya no-fly zone*. Abgerufen am 12. März 2011 von REUTERS Africa: <http://af.reuters.com/article/energyOilNews/idAFN0724159020110307>

¹⁹ Fidler, S. (5. März 2011). *NATO Chief Says a U.N. Resolution Is Needed to Establish No-Fly Zone*. Abgerufen am 6. März 2011 von Wall Street Journal: http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703580004576180400641158810.html?mod=googlenews_wsj

²⁰ Enginsoy, U. (2. März 2011). *Turkey still the outlier as world mulls no-fly zone over Libya*. Abgerufen am 2. März 2011 von Hürriyet Daily News: <http://www.hurriyetaidailynews.com/n.php?n=no-fly-zone-over-libya-replete-with-risks-analysts-warn-2011-03-01>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

rischen Einsatzes in Nordafrika erschwert.²¹ Die unklaren Risiken veranlassten die Obama-Administration die Erwartungen im Sinne einer raschen Entscheidung zu reduzieren. Der anerkannte Außenpolitikexperte John McCain griff die US-Regierung dafür scharf an. McCain, der gerade von einer Visite aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum zurückgekehrt war, forderte die unbedingte Errichtung der *No-Fly-Zone*. Der Senator äußerte sich enttäuscht über die Handlungsweise Obamas und kritisierte, dass die Administration den historischen Entwicklungen in Arabien nur hinterherlaufe, statt sie zu prägen.²²

US-Verteidigungsminister Gates sagte am Mittwoch vor dem *House Appropriations Committee* aus und äußerte sich sehr skeptisch zu einer *No-Fly-Zone*. Gates betonte, dass die Flugverbotszone bei der Größe Libyens nicht von einem einzigen Flugzeugträger im Mittelmeer aus operiert werden könnte. Zudem wies der Verteidigungsminister darauf hin, dass der erste Schritt bei der Errichtung der *No-Fly-Zone* ein Bombardement sämtlicher Flugabwehrstellungen der libyschen Luftwaffe vorsehe. Logischerweise würde es sich dabei um einen Angriff im Sinne des Völkerrechts handeln.²³ Gates drückte Bedenken aus, ob es wahrlich in Amerikas Interesse liege, das dritte muslimische Land in Folge anzugreifen.²⁴ Die kritischen Äußerungen des Verteidigungsministers ließen keinen Zweifel daran, dass die Obama Administration eine unerwartete

Wende in ihrer Libyen-Politik vollzogen hatte. Anders als angenommen, schien Washington die *No-Fly-Zone* nicht mehr Ernsthaft in Betracht zu ziehen. Besonders merkwürdig erschien es, dass die wichtigsten Minister der Obama Administration in ihrer Betrachtung der Lage so unterschiedliche Konsequenzen für die amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik wählten. Schließlich hatte Gates durch seine Bemerkungen sowohl Clintons Drohung torpediert, als auch Obamas Handlungsrahmen begrenzt. Durch den Vorstoß der Außenministerin und das Rückrudern des Verteidigungsministers entstand der Eindruck, dass unter den wichtigsten Kabinettsmitgliedern des Präsidenten heftige Differenzen bestanden. Scheinbar haderte der Präsident damit, eine klare Strategie im Umgang mit Libyen vorzugeben.

USA und UK über chemische Waffen Gaddafis besorgt

Ehemalige US-Diplomaten zollten vergangene Woche der früheren Bush-Administration ihren Respekt, ein umstrittenes Abkommen mit dem libyschen Revolutionsführer im Jahr 2003 abgeschlossen zu haben. Der Vertrag sah die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und eine Rehabilitation Gaddafis vor. Im Gegenzug bekannte sich der Revolutionsführer zu den Terroranschlägen gegen US-Bürger, entschädigte die Hinterbliebenen und verpflichtete sich, sein Programm zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen einzustellen. 2004 kündigte Gaddafi daraufhin einen fast vollständig entwickelten Plan zum Bau von Atombomben und 4000 Zentrifugen an.²⁵ Robert Joseph, *Senior Nonproliferation Officer* in der Bush-Administration, gab zu bedenken, dass das Ausmaß von Gaddafis Bedrohung nicht abzusehen wäre, wenn dieser noch heute über sein Arsenal an nuklearen und chemischen Waffen verfügen würde.²⁶ Nichtsdestotrotz konnte Gaddafi einen Teil

²¹ Burley, K. (9. März 2011). *Libya No-Fly Zone Cannot Be Led By US - Clinton*. Abgerufen am 14. März 2011 von SKY News: http://news.sky.com/skynews/Home/World-News/Libya-No-Fly-Zone-Must-Not-Be-US-Led-Hillary-Clinton-Tells-Sky-News/Article/201103215948598?ipos=World_News_Carousel_Region_1&lid=ARTICLE_15948598_Libya:_No-Fly_Zone_Must_Not_Be_US-Led_Hillary_Clinton_Tells_Sky

²² Delargy, C. (2. März 2011). *McCain calls for no-fly zone over Libya, criticizes Obama's handling of situation*. Abgerufen am 3. März 2011 von CBS News: http://www.cbsnews.com/8301-503544_162-20038372-503544.html

²³ AP. (2. März 2011). *Gates: Libyan no-fly zone would require attack*. Abgerufen am 3. März 2011 von CBS News: <http://www.cbsnews.com/stories/2011/03/02/501364/main20038352.shtml>

²⁴ Bumiller, E. (10. März 2011). *NATO Weighing Options in Libya*. Abgerufen am 10. März 2011 von New York Times: <http://www.nytimes.com/2011/03/11/world/africa/11nato.html>

²⁵ NTI. (1. März 2011). *Bush-Era Pact Deprived Libya of Key Atomic Tech*. Abgerufen am 5. März 2011 von Global Security Newswire: http://www.globalsecuritynewswire.org/gsn/nw_20110301_7995.php

²⁶ Ebenda.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

seines Senfgasvorrats zurückhalten.²⁷ Analysten glauben, dass Tripolis noch im Besitz von bis zu 14 Tonnen Senfgas ist.²⁸ Paula DeSutter, *Assistant Secretary of State for Arms Control, Verification and Compliance* unter Präsident Bush, meinte jedoch, dass Gaddafi die speziellen Bomben, die zum gezielten Einsatz von Senfgas benötigt werden, vernichtet habe. Ungeachtet dessen könnte der Diktator das vom Genfer Protokoll von 1925 verbotene Senfgas, theoretisch großflächig auf den Straßen Tripolis freisetzen und so ernsthaften Schaden anrichten.²⁹ Die USA und Großbritannien waren daher nicht nur über die unmittelbare Gefährdung der Bevölkerung besorgt, sondern auch über die Bewachung der drei Anlagen, in denen Gaddafi die chemischen Waffen lagert. Sollte Gaddafi die Soldaten von den Standorten abziehen, um die letzten verfügbaren Kräfte zur Sicherung seiner Macht einzusetzen, könnten die Bestände in den Besitz von Terroristen gelangen. Washington fürchtet schon lange, dass ausländische Staaten die Sicherung ihrer ABC-Waffen nicht ordnungsgemäß gewährleisten und diese dadurch Terroristen in die Hände gelangen könnten. Die *Downing Street* erwägte daher in Absprache mit der US-Regierung, die britische Spezialeinheit SAS zur Sicherung von Gaddafis Beständen in Libyen einzusetzen. London hat Berichten zu Folge bereits vor mehreren Tagen in einer verdeckten Operation Soldaten in die libysche Wüste beordert, wo diese die sichere Ausreise britischer Ölarbeiter gewährleisten.³⁰ Robert Joseph ist überzeugt, dass der libysche Revolutionsführer jegliche Mittel zur Sicherung seiner Macht einsetzen

wird. Das US-Abkommen mit Libyen gewährleistet in der Retrospektive nicht nur amerikanische Interessen, sondern beraubt Gaddafi seiner größten Erpressungsmöglichkeit. Jedoch könnten die Ereignisse in Arabien die Verhandlungen Washingtons mit Pjöngjang und Teheran torpedieren. Schließlich dürften die Führer Irans und Nordkoreas Gaddafis Willen, das Massenvernichtungsprogramm aufzugeben, als folgenschweren Fehler bewerten.³¹

US-Intervention auf Grund von steigendem Ölpreis?

Die Internationale Energieagentur der OECD (IEA) ließ vergangenen Donnerstag in Paris verlauten, dass die Unruhen in Libyen die weltweiten Ölvorräte bedrohten. Der Leiter der IEA, Nobuo Tanaka, erklärte, dass kein Mitgliedsstaat angefragt habe, seine strategischen Ölreserven zu öffnen.³² Täglich könnten zwischen 850.000 bis 1 Mio. Barrel libyschen Rohöls nicht geliefert werden.³³ Die OPEC ist überzeugt, durch Erhöhung der Fördermenge das reduzierte Angebot kompensieren zu können. Bis jetzt haben sich die Mitgliedstaaten jedoch nicht zu einer Anhebung entschlossen. Die IEA-Mitgliedstaaten verfügen ihrerseits über 1,6 Mrd. Barrel strategischer Reserven und könnten damit den derzeitigen Lieferengpass theoretisch über 4 Jahre ausgleichen. Der steigende Rohölpreis stellt allerdings eine zunehmende Gefahr für die sich erholende Weltwirtschaft dar. Der derzeitige Preis für einen Barrel Öl ist mehr als doppelt so hoch wie am 11. September 2001 und entspricht dem Wert zu Beginn der Irakinvasion.³⁴ Sollte der Preis für ein Barrel Öl für

²⁷ Die besondere Gefahr des geruch- und farblosen Gases besteht darin, dass schwere Hautverbrennungen und Beeinträchtigungen von lebenswichtigen Organen erst Stunden nach der ersten Kontamination auftreten.

²⁸ Lake, E. (23. Februar 2011). *U.S. concerned about security for mustard gas, chemicals*. Abgerufen am 4. März 2011 von Washington Times: <http://www.washingtontimes.com/news/2011/feb/23/us-concerned-about-security-for-mustard-gas-chemic/>

²⁹ Ebenda.

³⁰ TT. (10. März 2011). *Libya: SAS ready to seize Col Gaddafi's stores of mustard gas*. Abgerufen am 10. März 2011 von The Telegraph: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/africaandindianocean/libya/8355955/Libya-SAS-ready-to-seize-Col-Gaddafis-stores-of-mustard-gas.html>

³¹ Sanger, D. (1. März 2011). *In U.S.-Libya Nuclear Deal, a Gaddafi Threat Faded Away*. Abgerufen am 5. März 2011 von The New York Times: <http://www.nytimes.com/2011/03/02/world/middleeast/02arms.html>

³² Parussini, G. (5. März 2011). *IEA: Libya Unrest Starting to Hit Oil Supplies*. Abgerufen am 8. März 2011 von The Wall Street Journal: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703300904576178151215604240.html>

³³ Ebenda.

³⁴ Mouawad, J., & Krauss, C. (27. Februar 2011). *Tremors from Libya Contribute to Oil Price Cycles*. Abgerufen am 1. März 2011 von The New York Times: <http://www.nytimes.com/2011/02/28/business/global/28oil.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

längere Zeit um die 100 US-Dollar betragen, dann untergräbt dies das wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer und der aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens.³⁵ Die Obama-Administration will jedoch unter allen Umständen verhindern, dass den USA eine Intervention wieder aus energiepolitischen Interessen unterstellt wird. Anders als von Kritikern behauptet, sind die USA nicht primär an einer sicheren Ölversorgung durch Libyen interessiert. Europa hingegen hat ein strategisches Interesse an einer gesicherten Öl- und Gasversorgung durch Tripolis. 85% der libyschen Ölexporte werden nach Europa geliefert. Deutschland erhält 10 %, Italien bezieht sogar 28% seiner Mineralölversorgung aus Libyen.³⁶ Die Vereinigten Staaten verzichten hingegen größtenteils auf Gaddafis Öl. Nur drei Prozent des amerikanischen Ölbedarfs kommt aus Libyen. Die direkte Abhängigkeit der USA vom libyschen Öl ist daher nicht unmittelbar gegeben.³⁷ Trotzdem beeinflussen die Spannungen auf dem Ölmarkt auch die amerikanische Wirtschaft. Die stark angestiegenen Preise für einen Liter Benzin können durch das verändernde Konsumverhalten die ersten Anzeichen eines bevorstehenden Aufschwungs im Keim ersticken.

Senatoren und Außenpolitik-Experten verurteilen Obamas Libyen-Politik

Zu Beginn der Libyen-Krise wandten sich angesehene Außenpolitik-Experten und ehemalige US-Präsidentenberater in einem gemeinsamen Brief an Präsident Obama. Die Autoren, unter denen sich Robert Kagan, William Kristol und Dan Senor befanden, forderten den Präsidenten in dem Schreiben auf, militärische Schritte zur Lösung der Krise zu unternehmen. Die 45 Unterzeichner warnten davor, keine weitere

Zeit zu verlieren und im Sinne der demonstrierenden Bürger für Freiheit und Menschenrechte einzutreten.³⁸ Ein Eingreifen der USA in Nordafrika ist unter den jetzigen Umständen allerdings nur schwer vorstellbar. Verschiedene Mitglieder des VN-Sicherheitsrates wie Russland, China, Indien und Deutschland lehnen die *No-Fly-Zone* ab. Ted Galan Carpenter von *POLITICO* warnte davor, die USA mit unklaren Zielen in einen weiteren Krieg zu verwickeln. Der Obama-Administration kommen die Äußerungen der Arabischen Liga gelegen, die sich zuerst ebenfalls gegen eine US-Intervention ausgesprochen hat.³⁹ Der US-Präsident betonte weiterhin, dass den amerikanischen Interessen am besten gedient sei, wenn der politische Umsturz vom Volk und ohne fremde Hilfe realisiert werden würde.⁴⁰ In einem gemeinsamen Statement des Republikanischen Senators John McCain und des parteilosen Senators und früheren Demokratischen Vizepräsidentenskandidaten Joseph Lieberman, kritisierten diese die bisher unternommenen Schritte der US-Regierung: „Wenn sich der Präsident darauf festlegt, dass Gaddafi gehen muss, dann müssen die USA gemeinsam mit ihren Freunden und Verbündeten sicherzustellen, dass er auch wirklich das Land verlässt.“⁴¹ Vor allem warnten die beiden Senatoren vor dem gefährlichen Schluss, den jeder Diktator nach den Erfahrungen des Westens im Umgang mit Libyen ziehen könnte: „Wenn Gaddafi im Amt bleibt, würde die gefährliche Botschaft an andere Diktatoren lauten,

³⁵ Parussini, G. (5. März 2011). *IEA: Libya Unrest Starting to Hit Oil Supplies*. Abgerufen am 8. März 2011 von The Wall Street Journal: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703300904576178151215604240.html>

³⁶ Krauss, C., & Mouawad, J. (1. März 2011). *Uncertainty Drives Up Oil Prices*. Abgerufen am 4. März 2011 von The New York Times: <http://www.nytimes.com/2011/03/02/business/02oil.html>

³⁷ Ebenda.

³⁸ Swindler, R. (25. Februar 2011). *Foreign Policy Experts Urge President to Take Action to Halt Violence in Libya*. Abgerufen am 27. Februar 2011 von The Foreign Policy Initiative: <http://www.foreignpolicy.org/content/foreign-policy-experts-urge-president-take-action-halt-violence>

³⁹ Carpenter, T. (4. März 2011). *U.S. needs a low profile in Libya*. Abgerufen am 6. März 2011 von POLITICO: <http://www.politico.com/news/stories/0311/50604.html>

⁴⁰ Obama, B. (3. März 2011). *Remarks by President Obama and President Calderón of Mexico at Joint Press Conference*. Abgerufen am 3. März 2011 von The White House: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/03/remarks-president-obama-and-president-calder-n-mexico-joint-press-confer>

⁴¹ McCain, J., & Lieberman, J. (4. März 2011). *Statement by Senators John McCain and Joseph Lieberman regarding the Situation in Libya*. Abgerufen am 5. März 2011 von US Senator John McCain Arizona: http://mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.PressReleases&ContentRecord_id=826d50c1-d891-a303-ca02-c6714dd50c30&Region_id=&Issue_id

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

dass friedlichen Proteste mit aller Brutalität niedergeschlagen werden müssen.⁴² Im Hinblick auf die zunehmend langsamen und unkoordiniert erscheinenden Reaktionen der USA und der Weltgemeinschaft während des Völkermords in Ruanda, ziehen McCain und Liebermann folgende Konsequenz: „Die Vereinigten Staaten dürfen während dieses geschichtsträchtigen Moments nicht passiv bleiben. Aus Bosnien und Ruanda haben wir gelernt, dass die internationale Gemeinschaft sehr langsam auf Situationen wie in Libyen reagiert. Opfer dieses Verhaltens sind schreckliche und entsetzliche Verluste von Menschenleben. Sowohl aus moralischen, als auch aus strategischen Gründen dürfen wir diesen Fehler nicht wiederholen.“⁴³

John Kerry fordert Eingreifen auch ohne VN-Legitimierung

Nicht nur Republikaner, sondern auch der angesehene Demokrat John Kerry äußerte sich kritisch gegenüber Obamas Herangehensweise in der Libyen-Krise. Der Vorsitzende des *Senate Foreign Relations Committee* widersprach seinen Parteifreunden im Weißen Haus und rief dazu auf, die Planungen für eine *No-Fly-Zone* zu intensivieren. Vor allem haderte Kerry mit den Aussagen von Verteidigungsminister Gates, der für die Errichtung einer *No-Fly-Zone* eine Zerstörung der libyschen Flugabwehr vorausgesetzt hatte: „Ich glaube nicht, dass die Flugverbotszone einer militärischen Intervention gleich kommt. Gates Vorschlag ist nicht die einzige Option. Alternativ könnte man auch die Start- und Landebahnen bombardieren. Eine *No-Fly-Zone* würde die USA nicht in einen weiteren Krieg führen.“⁴⁴ Vor allem wies der Senator daraufhin, dass eine Legitimierung durch den VN-Sicherheitsrat oder den Nordatlantik-Rat zwar zu bevorzugen, aber nicht notwendig wäre. Dies ist besonders bemerkenswert, da Kerry 2004 gegen George W. Bushs neo-

konservative Außenpolitik in den Wahlkampf gezogen ist. Zudem stellte Kerry klar, dass das Ende von Gaddafis Herrschaft im strategisch nationalen Interesse der USA liege. Der Präsident des *Council on Foreign Relations*, Richard Haas, widersprach dem deutlich. Haas, ehemaliger *Director of Policy Planning* im Außenministerium, glaubt, dass sowohl Libyens politischer Einfluss in Arabien, als auch Gaddafis Möglichkeiten den Ölmarkt zu beeinflussen, gering seien. Libyens Stabilität berühre daher nicht die vitalen Interessen der USA.⁴⁵ Präsident Obama ließ am Freitag bei einer Pressekonferenz jedoch keinen Zweifel daran, dass Gaddafis Rücktritt im nationalen Interesse der USA sei, ließ jedoch weiterhin offen, ob die USA bereit wären militärisch in Libyen einzugreifen.⁴⁶

McCain: Moralische Verpflichtung zur Intervention

Die amerikanische Regierung hat jedoch bereits mehrmals deutlich gemacht, nicht ohne internationale bzw. regionale Legitimierung handeln zu wollen. Für Barack Obama ergibt sich dadurch die Möglichkeit, die komplexen und folgenreichen Entscheidungen mit Verweis auf eine nicht vorhandene völkerrechtliche Legitimierung zu umgehen. In der Vergangenheit haben sich die USA nicht immer von einem möglichen Veto im Sicherheitsrat beschränken lassen. Ohne die Zustimmung der Vereinten Nationen griffen auch deutsche NATO-Verbände im Kosovo ein. Warum eine Intervention dort möglich war, jedoch in Libyen abgelehnt wird, bleibt unklar. Schließlich geht es in beiden Fällen darum, ein Blutvergießen an der Bevölkerung zu verhindern. John Yoo, Rechtsprofessor an der *University of California, Berkeley* und *Deputy Assistant Attorney General in the Office of Legal Counsel* im Justizmi-

⁴⁵ Haas, R. (8. März 2011). *The U.S. Should Keep Out of Libya*. Abgerufen am 8. März 2011 von The Wall Street Journal: http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703386704576186371889744638.html?mod=WSJ_Opinion_LEADTOP

⁴⁶ Obama, B. (11. März 2011). *News Conference by the President*. Abgerufen am 11. März 2011 von The White House: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/11/news-conference-president>

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ So, J. (6. März 2011). *Kerry: A Libyan no-fly zone is not intervention*. Abgerufen am 8. März 2011 von CBS News: <http://www.cbsnews.com/stories/2011/03/06/ftn/main20039797.shtml>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

nisterium während der Bush-Administration, rief die US-Regierung dazu auf, die anti-quieten VN-Regeln zu ignorieren und dadurch nicht nur Leben zu retten, sondern auch gleichzeitig amerikanischen Interessen zu dienen.⁴⁷

Senator John McCain wiederholte im BBC-Interview seine Kritik und appellierte, dass die Weltgemeinschaft eine moralische Verpflichtung habe, den Mord unschuldiger Zivilisten zu verhindern. McCain verwies darauf, dass Gaddafis Luftwaffenstützpunkte nicht im ganzen Land verstreut seien, sondern, dass sich die vier relevanten Basen rund um Tripolis befänden.⁴⁸ Der Senator aus Arizona ließ keinen Zweifel daran, dass die amerikanische Luftwaffe den libyschen Streitkräften überlegen sei.⁴⁹ Über den Umfang und die Kampftauglichkeit von Gaddafis Streitkräften herrscht jedoch Unklarheit. Berichten zufolge besitzt Libyen 217 Kampfbomber, wobei es sich dabei um russische MiGs und 3 französische Mirage handelt.⁵⁰ Darüber hinaus verfügt Libyens Luftwaffe auch über 120 Hubschrauber, von denen mindestens 35 Kampfhubschrauber sind.⁵¹ Es ist jedoch davon auszugehen, dass die große Mehrheit der libyschen Fluggeräte nicht oder nur eingeschränkt einsatzfähig ist.

USA glauben an Sieg Gaddafis

Auch wenn die Arabische Liga inzwischen Zeit signalisiert hat, eine Flugverbotszone zu unterstützen, bleibt die amerikanische

Regierung äußerst zurückhaltend.⁵² Ein erstes Treffen von Außenministerin Clinton mit oppositionellen Kräften Libyens, ist vor allem wegen der Aussage von James Clapper, *Director of Intelligence Agency*, vor dem *Senate Armed Services Committee* vergangene Woche, zurückhaltend zu bewerten.⁵³ Der enge Mitarbeiter des Präsidenten meinte überraschenderweise, dass Gaddafi langfristig gegen die Rebellen siegen werde.⁵⁴ Diese Aussage offenbart, dass Obama nicht ernsthaft mit einem Umsturz Gaddafis rechnet, noch willens ist, die Rebellen tatkräftig zu unterstützen. Marc Thiessen, Redenschreiber von Ex-Präsident George W. Bush und *Fellow* am *American Enterprise Institute* warnt davor, die militärische Überlegenheit von Gaddafis Truppen als Grund für eine nicht-Unterstützung der Rebellen zu werten: „Dieses Problem kann man auch ohne die Entsendung von Bodentruppen lösen und zwar durch Bewaffnung und Ausbildung der Rebellen. Die USA haben auch den Contras geholfen, die Sandinisten zu bekämpfen und die Afghanen unterstützt, die Sowjets zu vertreiben. Wir können den Rebellen helfen Gaddafi zu bekämpfen, ohne auch nur einen einzigen US-Soldaten an die Küste Libyens zu beordern.“⁵⁵

Konsequenzen der US-Libyen Politik

Der Umgang der Obama-Administration mit den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Libyen spiegelt eine neue amerikanische Haltung wider. Amerikanische Wertvorstellungen forderten, dass der „Führer der freien Welt“ mit scharfen Worten jene Regime

⁴⁷ Yoo, J. (5. März 2011). *We Don't Need U.N. Approval to Save Libyan Lives*. Abgerufen am 6. März 2011 von The Wall Street Journal: <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703580004576180332886448822.html>

⁴⁸ McCain, J. (7. März 2011). *Libyan no-fly zone call by US Senator John McCain*. Abgerufen am 8. März 2011 von BBC News: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/newsnight/9419377.stm>

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ TGM. (6. März 2011). *Libya's military: How strong are Gadhafi's forces?* Abgerufen am 8. März 2011 von The Globe and Mail: <http://www.theglobeandmail.com/news/world/libyas-military-how-strong-are-gadhafis-forces/article1931552/?from=1933299>

⁵¹ Ebenda.

⁵² Lynch, M. (15. März 2011). *Don't exaggerate Arab support for Libya No Fly Zone*. Abgerufen am 15. März 2011 von Foreign Policy: http://lynch.foreignpolicy.com/posts/2011/03/15/dont_exaggerate_arab_support_for_libya_no_fly_zone

⁵³ Sen, A. K. (10. März 2011). *Clinton to meet with Libyan rebels*. Abgerufen am 14. März 2011 von The Washington Times: <http://www.washingtontimes.com/news/2011/mar/10/clinton-to-meet-with-libyan-rebels/>

⁵⁴ Dilanian, K. (10. März 2011). *Kadafi victory or stalemate likely in Libya, a top U.S. official says*. Abgerufen am 11. März 2011 von Los Angeles Times: <http://www.latimes.com/news/nationworld/world/sc-dc-0311-us-libya-20110310.0,3283618.story>

⁵⁵ Thiessen, M. (14. März 2011). *Does it matter if Gaddafi wins?* Abgerufen am 14. März 2011 von The Washington Post: http://www.washingtonpost.com/opinions/does-it-matter-if-gaddafi-wins/2011/03/14/AB01kGV_story.html

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KEVIN KANDATHIL

15. März 2011

www.kas.de/usa

www.kas.de

verurteilte, die Gewalt gegen die eigene, friedlich protestierende Bevölkerung einsetzte. Obamas geringe und zurückhaltende Äußerungen bezüglich Gaddafi zeigen, dass Washington unter Barack Obama eine andere Haltung zu internationalen Krisen eingenommen hat. Die Vereinigten Staaten wollen weniger in internationale Konflikte involviert werden, in denen die eigenen Interessen nur unscharf zu erkennen sind. Solange die internationale Gemeinschaft nicht willens ist, zumindest auf Grundlage einer regional fundierten Legitimierung, eine gemeinsame Linie zu finden, wird Washington nicht intervenieren. Diese Entscheidung hat drei folgenreiche Konsequenzen:

Erstens gibt die außenpolitische Neuorientierung den brutalen und autoritären Diktatoren einen Freibrief, mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Aus der Geschichte der VN haben auch die Alleinherrscher gelernt, dass der Sicherheitsrat nur selten militärische Interventionen legitimiert. Durch die Politik des Präsidenten, US-amerikanisches Eingreifen vorzugsweise durch eine regionale oder internationale Institution zu legitimieren, wird der Handlungsrahmen der Alleinherrscher erweitert und gesichert. Zweitens begünstigt der Politikwechsel eine weitere Abnahme der amerikanischen Vorherrschaft. Die USA werden schließlich weniger existentielle Interessen, leiser artikulieren und kaum unilateral durchsetzen. Dieser Wandel ist nicht nur den persönlichen Überzeugungen Barack Obamas geschuldet, sondern vor allem der Vielzahl der innenpolitischen Probleme Amerikas. Solange die amerikanische Wirtschaft nicht deutlich an Fahrt gewinnt und die Arbeitslosenzahlen massiv sinken, werden die USA ihren Fokus auf die innenpolitischen Herausforderungen legen. Auch die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 werfen bereits ihren Schatten auf das Handeln des Weißen Hauses. Unter dem Druck, den versprochenen Wandel für amerikanische Wähler spürbar zu machen, scheint der Präsident gewillt die außenpolitische Vormachtstellung der USA, im Rahmen einer Neudefinition amerikanischer Prioritäten aufzugeben.

Verlust weiterer amerikanischer Vorherrschaft?

In seiner viel beachteten Rede in Kairo sagte Obama 2009 vor jungen muslimischen Studenten: „Ich habe den Glauben, dass alle Menschen nach gewissen Dingen streben: die Möglichkeit ihre Meinung auszudrücken, die Regierungsform mitzubestimmen, Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu haben, die Gleichbehandlung vor dem Gesetz zu erwarten; die transparente Arbeit der Regierung zu verfolgen, die Gewissheit zu haben, dass die Regierung ihre Bürger nicht bestiehlt und die Freiheit zu besitzen, sein Leben nach den eigenen Wünschen zu gestalten. Dies sind nicht nur amerikanische Ideale, es sind Menschenrechte und daher werden die USA deren Einhaltung auch überall in der Welt unterstützen.“⁵⁶

Zwei Jahre nach seiner historischen Rede in Ägyptens Hauptstadt, forderten die jungen und aufgeklärten Demonstranten Arabiens und Nordafrikas ihren „Change“. Obwohl Obama das Verlangen nach den ureigenen Bürger- und Menschenrechten, jedem als unabdingbar zugestanden hatte, blieb er weitestgehend schweigsam. Sein Versprechen diesen Wandel zu unterstützen hat Obama nicht voll einhalten wollen. Die Vereinigten Staaten zeigen kein Interesse, die politische und militärische Führung in einem Konflikt mit unklarem Ende zu übernehmen, der schlussendlich einen weiteren *Nation-Building-Process* fordern könnte. In letzter Konsequenz kann Obamas Entscheidung die Fundamente der internationalen Politik verändern. Denn während sich der außenpolitische Einfluss der USA weiter verringert, wirkt Obamas passive Libyen-Politik im Licht von James Clappers Aussage, wie eine politische Inszenierung, deren Ausgang schon früh festgelegt war.

⁵⁶ Obama, B. (4. Juni 2009). *Remarks by the President on a New Beginning*. Abgerufen am 10. März 2011 von The White House: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-cairo-university-6-04-09>